

Räade

Kiel, 07.05.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Änderung der Landesverfassung

Wir hätten in den kommenden Wochen genügend Zeit gehabt, um uns über eine vernünftige Lösung bei den Wahlkreisen zu unterhalten. Leider haben die großen Fraktionen den Rückzug bei den Diäten nicht dazu genutzt, zumindest den Rest des Reformpakets in Ruhe anzugehen und die Verfassungsänderung zurück zu stellen. Man hat im Gegenteil im Innen- und Rechtsausschuss zu fragwürdigen Mitteln gegriffen um mit der Änderung der Landtagsmandate durchzupreschen. Es darf wirklich nicht sein, dass man eine Verfassungsänderung auf eine solche Art und Weise durchdrückt, das ist schlicht einer Verfassungsänderung nicht würdig. Der Verfahrensablauf spricht schon für sich: Schon bei der ersten Lesung der Verfassungsänderung kam eine zweite Fassung des Antrages zu Beratung. Die erste Vorlage musste schon vor der ersten Beratung wegen Mängeln ausgetauscht werden. Im Ausschuss hat sich die große Koalition völlig kompromisslos gezeigt. Ein Änderungsantrag von FDP und SSW wurde so abgebügelt, dass die Behandlung des Antrags durch SPD und CDU - nicht der Inhalt - durch den wissenschaftlichen Dienst überprüft werden musste. Die ursprünglich von SPD und CDU vorgesehene Vorgehensweise verstößt sowohl gegen die Geschäftsordnung des Landtages wie gegen die Landesverfassung. Und es ist schon mehr als bedauerlich, wenn man heute diese Debatte in zweiter Lesung mit Gewalt zu einem Ende bringen will.

Dabei gibt es sehr viele Gründe, die Reform der Landtagsmandate ruhig anzugehen und noch einmal zu überdenken. Denn wir sind uns ja trotz allem einig, dass die Zahl der Abgeordneten im Landtag reduziert werden muss. Alle Fraktionen wollen, dass das Parlament nicht über die heute in der



Landesverfassung festgeschriebenen 75 Mandate hinaus wächst. Uneinigkeit besteht nur in der Frage, wie dieses am besten gewährleistet werden kann. Wir wollen die Zahl der Wahlkreise auf 38 reduzieren. SPD und CDU wollen sie lieber auf 40 reduzieren und die Regelgröße von 69 Abgeordneten in der Landesverfassung festschreiben. Sie gehen aber gleichzeitig davon aus, dass diese Zahl regelmäßig überschritten werden wird.

Entscheidend ist, welche Regelung am besten vermeidet, dass der Landtag wieder größer wird als die Landesverfassung es vorsieht. Wir meinen, dass die 38 Wahlkreise es sind, und werden dabei vom Landeswahlleiter bestätigt. Seine Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass nur unser Weg eine zuverlässige Reduzierung der Mandate bringt. SPD und CDU meinen, dass ihre Lösung besser ist. Sie behaupten, dass sie besser rechnen können als der oberste Wahlexperte Schleswig-Holsteins.

Leider ist es den großen Fraktionen bisher nicht gelungen, überzeugend darzulegen, weshalb ihre 69er Lösung besser sein sollte. Die Reduzierung der Mandate ist es nicht. Wir haben lange gesucht, aber wir haben auch keine andere plausible Erklärung dafür gefunden, weshalb dieser Weg besser sein sollte. Die einzige rationale Erklärung, die übrig bleibt, ist, dass diese Lösung am besten die Interessen der großen Fraktionen vertritt. Da diese Interessen nicht unbedingt die unseren sind und da wir weiterhin am Ziel der best-möglichen Reduzierung der Abgeordnetenzahl festhalten, können wir dieser Änderung nicht zustimmen.

Man hätte diese Denkpause, die aufgrund des Handlings entstanden ist, nutzen können, um wieder allen Fraktionen die Möglichkeit zu geben, an einer verständlichen und einvernehmlichen Lösung mitzuarbeiten. Angesichts der verfahrenen Situation - die ja nicht nur CDU und SPD betrifft, sondern das gesamte Parlament - wäre es gut gewesen, wenn wir diese uns alle berührenden Fragen gemeinsam hätten erörtern können. Wir können nur gemeinsam versuchen, das Vertrauen der Bevölkerung durch ein ausgewogenes und besonnenes Verfahren wiederherzustellen.

Der SSW ist gegen eine Änderung der Landesverfassung gewesen, die allein zum Ziel hat, die Zahl der Mandate zu begrenzen und die Funktionszulagen im Landtag abzusichern. Der Antrag heute mit der erneuten Änderung der Vorlage zur Verfassungsänderung ist kein verständliches, ruhiges Verfahren, wie es der Sache angemessen wäre. Zum einen meinen wir, dass die Landesverfassung nicht instrumentalisiert werden darf, um die Interessen der großen Fraktionen zu sichern. Zum anderen finden wir es unendlich bedauerlich, dass SPD und CDU sich innerhalb keiner Zeit auf eine Verfassungsänderung in eigener Sache verständigen können, während die wirklich wichtigen Verfassungsänderungen immer wieder am Widerstand einer der großen Fraktionen scheitert.



Wir haben deshalb gemeinsam mit der FDP die Initiative für ein Verfassungspaket ergriffen, das auch die inhaltliche und heute auch tatsächliche Unterstützung der Grünen gefunden hat und das einige wirklich wichtige Änderungen der Landesverfassung enthält. Sicherlich haben auch FDP, B90/Die Grünen und SSW ganz unterschiedliche Prioritäten wenn es um diesen Gesetzentwurf geht. Für den SSW geht es ohne wenn und aber um die Aufnahme der Sinti und Roma in den (Minderheiten-) Artikel 5 der Landesverfassung. Diese Forderung haben wir immer wieder aufgestellt und sie hat leider bis heute Aktualität und Vorrang. Die Sinti und Roma gehören zu den 4 anerkannten Minderheiten in Deutschland. Die Lücke in der Landesverfassung, die aufgrund der Diskussionen in den neunziger Jahren nicht geschlossen wurde, ist heute zu erkennen und zu schließen. Sowohl die Rahmenkonvention des Europa Rates und als auch die Sprachencharta berücksichtigen diese Minderheit, deshalb ist es notwendig auch in Schleswig-Holstein die hier lebende dritte Minderheit mit in die Landesverfassung aufzunehmen. Für uns kommt diese Forderung weit vor allem anderen. Daraus haben wir auch bislang nie einen Hehl gemacht. Mit einer solchen gemeinsamen Initiative, die viele weitere Punkte enthält, haben die kleinen Fraktionen bewiesen, dass wir zu Konsenslösungen bereit sind. Eben diese Suche nach Kompromissen vermischen wir in den großen Fraktionen aber schmerzlich im Moment. Ich hoffe, sehr, dass wir das Diätendebakel bald hinter uns lassen. Wir müssen wieder lernen, jenseits der Kompromisslosigkeit großer Koalitionen gemeinsam an den Problemen zu arbeiten, die unsere Wählerinnen und Wähler wirklich berühren und nicht nur aufregen.

